

Pressemitteilung

Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen

Strahlende Kalihalde? Bauschutt aus dem Abriss von Akw könnte aus Sicht der BI in die geplante Abdeckung eingebaut werden!

Die Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen hat sich nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, die Öffentlichkeit über das brisante Thema so genannten „freigemessenen“ Bauschutts aus dem Abriss von Atomkraftwerken zu informieren. Es geht um die Frage, ob solches Material bei der geplanten Abdeckung der Kalihalde in Wathlingen eingebaut werden dürfte.

Freigemessen heißt laut Vorsitzendem der BI, Mar-Heinz Marheine, dass niedrig strahlendes Material nach der Strahlenschutzverordnung nicht wie Atommüll behandelt werden muss. Es darf auf Bauschuttdeponien abgelagert oder sogar als Bau- oder Rohstoff verwendet werden. „Die in Deutschland gesetzlich zulässige Verteilung von strahlenden Materialien in der Umwelt ist höchst fragwürdig und politisch nie diskutiert worden“, so Marheine.

Die BI geht nach einer Anfrage an das niedersächsische Umweltministerium und eigenen Nachforschungen davon aus, dass solcher Bauschutt tatsächlich nach Wathlingen gebracht und abgelagert werden dürfte. „In Wathlingen würde aufgrund des Ausstiegs aus der Atomenergie möglicherweise sogar Material aus dem Abbruch mehrerer Atomkraftwerke in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten abgelagert und konzentriert werden“, ergänzt Pressesprecher Holger Müller. „Es würde durch die Dörfer transportiert und neben Wohnbereichen bearbeitet werden. Durch das Zerkleinern und beim Aufbringen auf die Halde könnte es als Staub in die umliegenden Bereiche, insbesondere die Kolonie, gelangen.“ Müller weist weiter darauf hin, dass „beim Einatmen niedrig strahlender Teilchen die Gefahr besteht, dass sie im Körper verbleiben und die jeweilige Person dauerhaft belasten.“ Nach Meinung der stellvertretenden Vorsitzenden der BI, Sanna Gutzeit „wäre das eine grob fahrlässige Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung“. „Dies Beispiel zeigt, dass sich Wohngebiete und die Ablagerung von Stoffen, die auf eine richtige Deponie gehören, einfach nicht vertragen“, fügt sie hinzu. Die BI wird an diesem wichtigen Thema, das im Zusammenhang mit der Kalihaldenabdeckung bisher überhaupt noch nicht diskutiert worden ist, dranbleiben und es auch in ein mögliches Antragsverfahren einbringen.

Holger Müller (Pressesprecher)